



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus, Benno Zierer, Joachim Hanisch, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Fakten schaffen: Sanierung von kommunalen Wasserver- und Abwasserentsorgungsanlagen ab 2016 wieder fördern!

Der Landtag wolle beschließen:

Ab dem Jahr 2016 soll die Sanierung von kommunalen Wasserver- und Abwasserentsorgungsanlagen in Härtefällen wieder durch den Freistaat gefördert werden.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, das vom Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz mit Schreiben vom 13. April 2015 dem Landtag vorgelegte Förderkonzept mit einem Fördervolumen von mindestens 25 Mio. Euro im Jahr 2016 und jeweils mindestens 30 Mio. Euro in den Folgejahren, sowie mindestens 17 befristeten Mitarbeiterkapazitäten an den Wasserwirtschaftsämtern, für einen Förderzeitraum von zunächst 15 Jahren umzusetzen.

Begründung:

Zum Jahresende 2015 endet die finanzielle Förderung der Erstanträge an die kommunalen Wasserver- und Abwasserentsorgungsanlagen. Mit einer Anschlussquote von 99 Prozent der bayerischen Haushalte an die kommunale Wasserversorgung und 97 Prozent an die kommunale Abwasserentsorgung ist das Ziel des Landtages aus dem Jahr 2004, die Erstanträge verstärkt zu fördern, erreicht.

Der Landtag hat bereits im Juni 2014 festgestellt, dass nunmehr verstärkt die Notwendigkeit besteht, die bestehenden Anlagen zu sanieren und dass durchaus Härtefälle denkbar sind, in denen eine staatliche Förderung sinnvoll und nötig ist. Hierzu hat das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz am 13. April 2015 ein gut durchdachtes Konzept vorgelegt.

Da in sehr vielen Kommunen nun die Zeit drängt, um mit der Sanierung der Wasserver- und Abwasserentsorgungsanlagen zu beginnen, ist es notwendig, dass der Landtag noch vor der Sommerpause ein Zeichen setzt, wie es im Januar 2016 weitergeht. Die Kommunen brauchen Planungssicherheit, um gemeinsam mit den Bürgern diese wichtigen und kostenintensiven Projekte angehen zu können.